



Sitzungsvorlage 100/387/2023

Amt/Abteilung: Hauptamt Datum: 29.06.2023	Aktenzeichen: 10.23.01.00		
An:	Datum der Beratung	Zuständigkeit	Abstimmungsergeb.
Stadtvorstand	10.07.2023	Vorberatung N	
Stadtrat	18.07.2023	Entscheidung Ö	

Betreff:

Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter des Oberverwaltungsgerichtes Rheinland-Pfalz sowie des Verwaltungsgerichtes Neustadt an der Weinstraße

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat schlägt dem Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz

Frau Anke Löffel, 76829 Landau in der Pfalz, geb. am 18. Juli 1969 in Landau in der Pfalz, Fremdsprachensekretärin

und dem Verwaltungsgericht Neustadt an der Weinstraße

1. Frau Helen Prats Baumann, 76829 Landau in der Pfalz, geb. am 5. Januar 1998 in Gernersheim, Restaurantleitung/Studentin
2. Herrn Daniel Emmerich, 76829 Landau in der Pfalz, geb. am 9. August 1988 in Wadern, Lehramtsstudent
3. Frau Frederike Werner, 76829 Landau in der Pfalz, geb. am 26. September 1992 in Freiburg, Filialleitung im stationären Einzelhandel

als ehrenamtliche Richterinnen und Richter vor.

Begründung:

Die Amtszeit der gegenwärtig beim Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz sowie beim Verwaltungsgericht Neustadt an der Weinstraße tätigen ehrenamtlichen Richterinnen und Richter endet am 31. Dezember 2023. Die Wahlausschüsse dieser Gerichte müssen daher rechtzeitig Neuwahlen durchführen.

Mit Schreiben vom 26. Januar 2023 hat uns die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion zur Einreichung der Vorschlagslisten aufgefordert. Für das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz ist 2 Personen als ehrenamtlicher Richter oder Richterin vorzuschlagen, beim Verwaltungsgericht Neustadt 4 Personen. Termin für die Einreichung der Vorschlagsliste ist der 30. August 2023.

Die Auswahl der vorzuschlagenden Personen basiert auf dem nach dem Sitzverteilungsverfahren Sainte Lague-Schepers ermittelten Ergebnis der Wahl zum Stadtrat. Auf dieser Grundlage wurden mit Schreiben vom 12. April 2023 alle Fraktionen gebeten, geeignete Personen für das Amt der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter vorzuschlagen.

Für das Oberverwaltungsgericht hat lediglich die CDU-Fraktion einen Vorschlag unterbreitet, für das Verwaltungsgericht hat die GRÜNE-Stadtratsfraktion 1 Person und die LINKE-Stadtratsfraktion 2 Personen vorgeschlagen. Die Fraktionen SPD, FWG, Pfeffer und Salz sowie FDP haben bis zur gesetzten Frist keine Personen benannt.

Der Präsident des Oberverwaltungsgerichtes hält es für wünschenswert, wenn die vor fünf Jahren gewählten und noch im Amt befindlichen ehrenamtlichen Richterinnen und Richter wieder Berücksichtigung finden könnten. Mit den eingereichten Vorschlägen kann diesem Wunsch allerdings nicht entsprochen werden. Die bisherigen ehrenamtlichen Richterinnen und Richter stehen aus unterschiedlichen Gründen alle nicht mehr zur Verfügung.

Schlusszeichnung:

